

Die Stabilisierung von Kambodscha

KLEINWAFFENKONTROLLE UND REFORM DES SICHERHEITSEKTORS

Die Stabilisierung Kambodschas wurde seit den späten 80er Jahren von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, und seither wurden viele Fortschritte gemacht. Nach den Wahlen von 1998 machte die Regierung Kambodschas die Waffenkontrolle zu einer ihrer Hauptaufgaben. Die *Khmer NGO Working Group for Weapons Reduction* (WGWR) entwickelte sich zu einem aktiven Partner der Regierung und der internationalen Gemeinschaft. In den letzten fünf Jahren erhielt Kambodscha zusätzlich durch die *European Union's Assistance in Curbing Small Arms and Light Weapons in the Kingdom of Cambodia* (EU ASAC) und dem *Japan Assistance Team for Small Arms Management in Cambodia* (JSAC) grosse Unterstützung für ihre Programme zur Kleinwaffenkontrolle.

Interventionen konzentrierten sich auf Waffeneinsammlung, auf die Initiative „Waffen für Entwicklung“, auf die Zerstörung von Überschussbeständen, und auf die Konstruktion von gesicherten Lagerhallen und ein System zur Registrierung der Regierungsbestände.

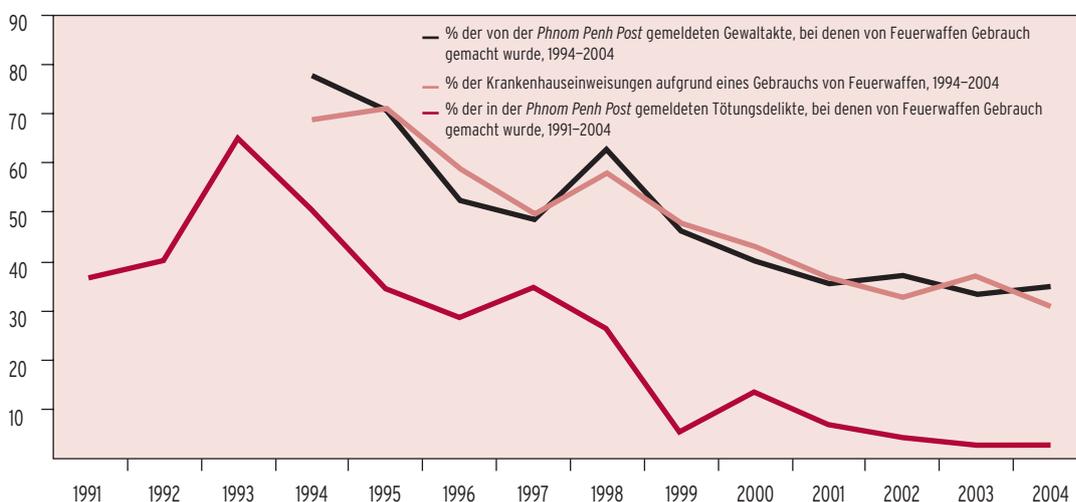
Klein- und Leichtwaffeninterventionen in Kambodscha haben inzwischen grosse Waffenmengen, die ausserhalb der Kontrolle der Regierung zirkulierten, erfolgreich entfernt. Ungefähr 130.000 Waffen wurden bisher eingesammelt und über 180.000 wurden zerstört. Diese Initiativen haben seit dem Start dieser Programme in den späten 90er Jahren den illegalen und nicht registrierten Feuerwaffenbestand um schätzungsweise 150.000 bis 216.000 Stück, und in 2006 um weitere 22.000 bis 85.000 reduziert.

Ein bedeutender Teil unkontrollierter Kleinwaffen ist eingesammelt und zerstört worden.

Die Reduzierung der im Umlauf befindlichen Klein- und leichten Waffen hat die menschliche Sicherheit in Kambodscha positiv beeinflusst. Heute werden dort weit weniger Feuerwaffen bei gewaltsamen Zwischenfällen und bei Tötungsdelikten benutzt. Bei Gewaltakten, über die in der *Phnom Penh Post* berichtet wurde, fiel die Zahl der Delikte mit Feuerwaffen von 80 Prozent im Jahr 1994 auf 30 Prozent im Jahr 2004. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Analyse, die sich auf Tötungsdelikte beschränkt. 1994 wurden 69 Prozent aller gemeldeten Morde mit einer Feuerwaffe begangen. Im Jahr 2004 war diese Zahl auf 30 Prozent gefallen. Die Krankenhauseinlieferungsdaten für Patienten mit Körperverletzungen beweisen einen ähnlichen Trend. 1993 hatten 69 Prozent aller Opfer, die mit Körperverletzungen ins Krankenhaus eingewiesen wurden, Schusswaffenverletzungen aufzuweisen. 2004 waren es nur noch 2,6 Prozent. Seit Beginn der Kleinwaffeninterventionen ist die Zahl der Tötungsdelikte mit Feuerwaffen von 4,0-5,4 pro 100.000 im Jahr 1998 auf 3,1-4,0 im Jahr 2003 dramatisch gesunken. Die Gesamtzahl der Tötungsdelikte fiel von 6,9-9,0 pro 100.000 im Jahr 1998 auf 3,1-4,0 im Jahr 2003.

Diese Massnahmen haben erheblich dazu beigetragen, Waffen aus den Händen von Zivilisten und Aufständischen zu entfernen. Im heutigen Kambodscha sind Mitglieder der Sicherheitskräfte und ausgewählte Regierungsbeamte die einzigen legalen Kleinwaffenbenutzer. Die umfangreiche Zerstörung von Überschussbeständen des Militärs sowie die Programme für eine sichere Lagerung von Regierungsbeständen haben die Gefahren möglichen Schwunds und unkontrollierter Exporte erheblich reduziert.

Graphik 5.2 Der Anteil von Feuerwaffenbenutzung bei Tötungsdelikten, Gewaltakten und Verletzungen mit Krankenhauseinweisung (%), 1991–2004





Ein Polizist steht vor fast 7.000 gestapelten Gewehren und anderen Kleinwaffen in der Provinz Kampong Cham, nördlich von Phnom Penh, im Juli 2001. Kambodschanische Behörden entfachten ein riesiges Feuer um die Waffen zu zerstören, als Teil laufender Bemühungen, das Land von illegalen Waffen zu befreien. © Chor Sokunthea/Reuters

Dennoch haben NROs und der Sonderbeauftragte für Menschenrechte des UN-Generalsekretärs auf die Probleme mangelnder Kompetenz, Professionalität und Integrität bei den Sicherheitskräften, sowie der Gesetze, die das polizeiliche Eingreifen in Kambodscha regeln, hingewiesen. Eine Studie der WGWR zeigt, dass Polizisten, Milizen und Soldaten die Liste derer anführen die „am ehesten die Feuerwaffe benutzen würden, um ihren Willen durchzusetzen“.

Nach dem Abschluss der Friedensabkommen haben sowohl die *Royal Cambodian Armed Forces* (RCAF) als auch die Polizei einen beachtlichen Zustrom von Mitgliedern aus den früheren bewaffneten Fraktionen erhalten. Da der Erhalt einer Position in diesen Einrichtungen Teil der Friedensdividende für ehemalige Kombattanten war, hat es sich als schwierig erwiesen, die Integrität und Professionalität dieser Kräfte zu institutionalisieren. Zentrale Werte und Normen, die die Handlungsweise der Polizei und der Streitkräfte bestimmen, basieren weiterhin auf informellen Beziehungen, die oftmals formell bindende Regeln wieder aufheben. Die Sicherheitskräfte operieren in komplexen Netzwerken sozialer Beziehungen und Verpflichtungen; diese bieten mächtigen Individuen eine sichere Basis und ihren Anhängern die Mittel zu sozialem Aufstieg und persönlicher Bereicherung.

Illegales Abholzen ist ein Geschäft, aus dem viele Einheiten der RCAF und der Polizei einen zusätzlichen Gewinn ziehen. Die NRO *Global Witness* hat im Detail dokumentiert, wie Mitglieder des Militärs privaten Holzfällerfirmen ihre Sicherheitsdienste anbieten; als Gegenleistung werden in verschiedenen Phasen der Holzentnahme Zahlungen einkassiert. Dieses System wird durch die Tatsache gefördert, dass die meisten Abholzungsoperationen gegen die Forstwirtschaftsgesetze verstossen. Bestechungsgelder gewähren Schutz gegen Rechtsvollstreckung und werden die Rangliste hochgereicht, von Junioroffizieren zu deren Vorgesetzten, und schliesslich zu hohen Beamten in der Hauptstadt.

Ein weiterer Grund zur Besorgnis ist das Unvermögen der Polizei, Kriminalität – inklusive Kriminalität mit Feuerwaffen – wirksam zu bekämpfen. Ihre Anstrengungen werden durch unzureichendes Training, mangelnde Ressourcen, schlechte Bezahlung, fehlende Ausrüstung, und schwache forensische und untersuchungstechnische Kapazitäten erschwert.

Ausserdem beklagen Kommentatoren des politischen Systems Kambodschas das Fehlen demokratischer Regierungsarbeit auf dem Sicherheitssektor. Alle diese Probleme unterstreichen das Bedürfnis für bessere Verbindungen zwischen einer Reform des Sicherheitssektors und der verschiedenen Kleinwaffenprogramme.

Indem sie den unkontrollierten Umlauf von Feuerwaffen aus dem Bürgerkrieg gestoppt haben, lieferten die Kleinwaffenprogramme eine entscheidende Voraussetzung zur Reform des Sicherheitssektors: ausschliesslich Sicherheitskräfte können das Monopol über legitime Gewaltanwendung beanspruchen. Innovative Programme bezüglich sicherer Lagerung und Bestandsregistrierung haben ausserdem ein ernsthaftes institutionelles Defizit im Bereich der Bestandsverwaltung aufgedeckt. Aber die allgemeinen Aspekte bezüglich der Führung des Sicherheitssektors, besonders das Fehlen grösserer Verantwortlichkeit der Sicherheitskräfte Kambodschas gegenüber der Bevölkerung des Landes, wurden in der Nachkriegsphase noch nicht angesprochen.

Programme, die Bürgerkriegsfeuerwaffen aus dem unkontrollierten Umlauf zu entfernen, bilden eine Grundvoraussetzung für die Reform des Sicherheitssektors.

Kambodscha ist ein gutes Beispiel dafür, dass Kleinwaffenprogramme einen erheblichen Gewinn an menschlicher Sicherheit erzielen können; jedoch zeigt es auch die Grenzen derartiger Bestrebungen auf, wenn breitere Themen des Sicherheitssektors nicht mitbehandelt werden. Der Fall Kambodscha unterstreicht, dass dem Zusammenspiel von Kleinwaffenkontrolle und allgemeiner Reform des Sicherheitssektors grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. ■